

Der Reichsführer-SS  
und Chef der Deutschen Polizei  
Der Chef der Sicherheitspolizei  
Und des SD  
Amt III

**Berlin SW 68, den 5. April 1940**

Wilhelmstraße 102  
Ruf 120038

## **MELDUNGEN AUS DEM REICH**

### **I. Allgemeines.**

Im Vordergrund des politischen Interesses steht noch immer die Haltung Amerikas im gegenwärtigen Krieg. Die Gründe für die Veröffentlichung der Dokumente und die möglichen Auswirkungen sind zu politischen Tagesgespräch geworden. Die allgemeine Stimmung ist aber unverändert zuversichtlich. Besonders wird betont, dass die Einkreisungspläne der Westmächte trotz der offensichtlichen Unterstützung durch die amerikanischen Botschafter gescheitert sind. Allgemein haben die Veröffentlichungen die Verbitterung gegenüber den Westächten verstärkt und andererseits den Glauben an die Kriegsschuld der Feindmächte erhöht.

Die Rede Generalfeldmarschalls Göring zur deutschen Jugend wurde von dieser mit innerer Anteilnahme und großer Begeisterung aufgenommen und hinterließ besonders bei der männlichen Jugend einen nachhaltigen Eindruck. Die Feststellung des Generalfeldmarschalls, dass jetzt, wo so viele Väter im Felde stehen, den älteren Jungen eine besondere Verantwortung in ihrer Familie zufalle, wurde günstig aufgenommen. Besonderen Widerhall fanden in allen Bevölkerungskreisen die Ausführungen Generalfeldmarschalls Göring gegen die Verwahrlosung der deutschen Jugend. Allgemein wurde der Satz beachtet, dass dieser Krieg ein Ende finden würde, wie es sich die Westmächte nicht vorstellten.

Die feindliche Flugblattpropaganda hat im ganzen Reichsgebiet nachgelassen; nur vereinzelt werden noch Flugblattfunde mit bereits bekanntem Inhalt gemeldet.

### **III. Kulturelle Gebiete.**

#### ***Aufnahme des Ferienkurses für Ausländer „Deutschland im Kriege“ (17. bis 30. März 1940).***

Zu dem vom Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut in Verbindung mit dem Deutschen akademischen Austauschdienst veranstalteten Ferienkursus „Deutschland im Kriege“ waren trotz des Krieges von 37 Nationen 200 Ausländer aus aller Welt erschienen; der grösste Teil, 68 aus Südosteuropa, 25 aus Skandinavien, 24 aus Bulgarien, 19 aus China, 17 aus Dänemark, 16 aus Rumänien. Die bulgarische Abordnung wurde von einem der verantwortlichen Männer der Kriegswirtschaftsabteilung des bulgarischen Kriegsministeriums geführt, Ungarn hatte eine Gruppe ungarischer Ministerialreferenten entsandt. Auf die Ausländer hat es vor allem gewirkt, dass nicht indifferente Vortragsthemen gewählt wurden, sondern dass die zuständigen Behördenchefs über Themen wie „Führung und Verwaltung

des Reiches“, „Die Kriegsaufgaben der NSV“, „Die deutsche Ernährungslage“, „Das Völkerrecht im Kriege“, über den „Polenfeldzug“, über die „Regelung des Arbeitseinsatzes“, usw. sprachen und dass, was die Ausländer propagandistische besonders beeindruckte, nach den Vorträgen die Möglichkeit einer freien Aussprache geboten wurde, wovon diese starken Gebrauch machten. Dabei und in persönlichen Unterhaltungen fiel auf, dass von den früheren Hauptargumenten der antideutschen Propaganda weder die Juden-, Kirchen-, Tschechen- und Konzentrationslagerfrage irgendwie besonders betont wurde. Besonders positiv äusserten sich die Ausländer über die deutsche Organisation der Kriegsführung auf allen Gebieten, über die deutsche Ernährungswirtschaft, über die NSV. Ihre kritischen Bemerkungen bezogen sich vornehmlich auf den Begriff „deutscher Lebensraum“, wobei sichtbar wurde, dass sie hinter diesem Begriff eine Tarnung deutsche imperialistischer Bestrebungen wittern. Von ungarischer, rumänischer und Skandinavien Seite wurde vorgebracht, dass die deutsche Auslandspropaganda an den gleichen Mann zu viel Papier sende und dass bei den Auslandsrundfunksendungen das Zitieren von Zeitungsäusserungen nicht als eine objektivverbindliche Nachricht gewertet werde. Von den vorgesehenen Besichtigungen war die Besichtigung der Infanterie-Schule Döberitz für die Ausländer am eindruckvollsten, zumal dabei Infanterie-Angriffe unter Verwendung der schweren Infanterie-Waffen gezeigt wurde. Als sehr ehrend hatten die Ausländer die Empfänge von Reichsminister Rust, Oberbürgermeister Lippert und dem Reichssportführer empfunden.

### ***Absinken des Leistungsstandes an den Schulen.***

Unabhängig voneinander laufen während der ganzen letzten Monate aus allen Teilen des Reiches Meldungen ein, dass sich der absinkende Leistungsstand an den Schulen mehr und mehr zu einem wirklich ernstem Problem auswachse. Solche Meldungen liegen mehrfach vor aus München, Bayreuth, Graz, Karlsbad, Breslau, Oppeln, Liegnitz, Dresden, Chemnitz, Karlsruhe, Dessau, Frankfurt/Oder, Elbing, Allenstein, Münster, Braunschweig, Stettin, Hamburg, Bremen und Dortmund. Das Absinken der Schülerleistungen gelte für alle Schulsysteme, aber besonders für die Volks- und Berufsschüler. Lehrer, Eltern und Wirtschaftskreise beziehen diese Feststellung aber nicht erst auf die jüngste Zeit, sondern vertreten die Ansicht, dass diese Erscheinung bereits seit zwei bis drei Jahren zu bemerken sei; die durch den Krieg bedingten Einschränkungen und Hemmnisse des Schul- und Lehrbetriebes hätten die Lage nur wesentlich verschärft. Besonders werden nach Meldungen aus München, Bayreuth, Hamburg und Braunschweig die Leistungen der Schüler in den Lern- und Wissensfächern wie Rechnen, Rechtschreibung, Deutsch, Geschichte und Schrift bemängelt. Wirtschaftskreise in Bayern, Baden, Sachsen und in der Ostmark bezeichnen den Leistungsstand neuer Lehrlinge als „miserabel und beschämend“, weil die Lehrlinge wegen schlechter Schrift, mangelhaften Rechnens, aber auch aus Mangel an Pflichtgefühl kaum zu gebrauchen seien. Aus dem Regierungsbezirk Liegnitz wird beispielsweise gemeldet, dass bei einer von einem Industrieunternehmen angesetzten Prüfung neu einzustellender Lehrlinge von 90 nur 20 die Aufgaben mit genügenden Ergebnissen erfüllten. Eine kommunale Verwaltungsbehörde desselben Bereiches traf bei neu eintretenden Lehrlingen die gleichen Feststellungen.

Aber auch die Klagen der Hochschullehrer über das Abiturientenmaterial sind nicht geringer. Es sei in den ersten Semestern aus Mangel an selbstverständlichen Wissensgrundlagen an eine vernünftige wissenschaftliche Arbeit überhaupt kaum zu

denken. Auch das Oberkommando des Heeres hat dem Reichserziehungsministerium gegenüber den Standpunkt geltend gemacht, alles für einen geordneten Schulbetrieb zu versuchen, damit der Leistungsstand des Nachwuchses nicht noch mehr gefährdet werde.

### ***Künstlerisch wertvolle Gegenstände bei der Metallsammlung.***

Meldungen aus dem Rheinland, aus Süddeutschland und aus Berlin besagen, dass bei den Sammelstellen für die Metallspende künstlerisch, kulturgeschichtlich, heimatkundlich wertvolle, ja unersetzliche Gegenstände abgegeben werden. Zum Teil seien sich die Spender und auch die mit der Spendenannahme Beauftragten über den Kunstwert nicht im Klaren. Aber es zeige sich wiederholt, dass Spender, die auf den Kunstwert ihrer Spende hingewiesen wurden, erklärten, sie seien sich über den Kunstwert ihrer Spenden durchaus im Klaren und könnten sich nur sehr schwer von diesem Familienbesitz trennen, wollten aber gerade deswegen dem Führer dieses Opfer bringen.

Von Sachkundigen wird eine Prüfung in dieser Richtung bei den Sammelstellen für notwendig gehalten, wenngleich die technische Durchführung als sehr schwierig erscheint. Die Einrichtung einer allgemeinen Prüfungsstelle bei Hauptsammelstellen sei nicht unbedenklich. Nach den Erfahrungen aus dem Weltkrieg seien von damaligen Prüfungsstellen Gegenstände zurückbehalten worden, die die Spender später in einem Museum als ihr Eigentum wiedererkannt hätten.

Nach Mitteilungen aus Berlin bieten andererseits Antiquitäten- und Altwarenhändler in ihren Schaufenstern Jugendstielerzeugnisse und anderen Kitsch in Bronze und anderen Metallen nach wie vor an. Es wird angeregt, diesen Zustand durch entsprechende Anordnung aufzuheben und, wenn möglich, den Handlungen die meist billig erworbenen Gegenstände zu einem angemessenen Preise abzukaufen. – Die allgemeine Gebefreudigkeit wird sichtbar an einem aus Koblenz verbürgt gemeldeten Fall, wonach eine Frau auf dem Weg zur Sammelstelle von einem Kunsthändler angehalten und ihr für ein wertvolles Stück sofort 200.- RM geboten wurden. Die Frau lehnte dieses Angebot ab und übergab den Gegenstand der Sammelstelle als Spende. Die Personalien des Kunsthändlers konnten nicht ermittelt werden. – Aus Königsberg wird gemeldet, dass Zeitungsanzeigengesuche von Altwarenhändlern zu „guten Preisen“ für Metallgegenstände gegenwärtig unterbunden werden müssten.

## **IV. Volkstum.**

### ***Zur Lage der deutschen Volksgruppe in Rumänien.***

Die deutsche Volksgruppe in Rumänien zählt rund 815.000 Personen. Davon entfallen 250.000 auf Siebenbürgen, 320.000 auf den Banat, 70.000 auf die Bukowina, 80.000 auf Bessarabien, 13.000 auf die Dobrudscha, 40-50.000 auf die deutschen Dörfer um Sathmar und 30.000 auf das städtischen Deutschtum Altrumäniens.

Das Volkstum Rumäniens setzt sich nur zum geringen Teil aus städtischer Bevölkerung, zum überwiegenden Teil jedoch neben Grossbauern vor allem aus Kleinbauern zusammen. Bis 1938 stand die deutsche Volksgruppe in gegenseitigem

Kampf, die schliesslich im Zusammenschluss der beiden NS-Gruppen von Dr. Bonfert und Fabritius zur „Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien“ seinen äusseren Abschluss fand. Letztere wird z-Zt. Von Landesleiter Dr. Bruckner geführt, dm sieben Gauleitungen zur Seite stehen. Diese unterteilen sich in Kreisleitung, Ortsleitungen, Stadtmannschaften und Nachbarschaften.

Die Umgestaltung Rumäniens in ein Staatsgebilde auf autoritärer Grundlage und die ununterbrochenen Spannungen und Veränderungen innerhalb der Volksgruppe haben auf die Sicherheit des Bestandes und die Einsatzkraft der Volksgruppe ausserordentlich hemmend gewirkt. Diese schwache Situation der Volksgruppe haben sich klerikale und reaktionäre Kreise für Sonderbestrebungen zu Nutze gemacht.

Darüber hinaus wirkt sich der z-Zt. Noch anhaltende deutsche Genossenschaftsstreit im Banat nachteilig auf die Volksgruppe aus. Im Herbst 1931 wurde im Banat die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft der deutschen Bauern des rumänischen Banats gegründet, der es schliesslich gelang, rund 180 neue deutschen Genossenschaften im Banat zu gründen und das Judentum entscheidend zurückzudrängen. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Volksgruppe wurde 1937 als Konkurrenzunternehmen die Genossenschaft der „Banater Agraria“ gegründet. Letztere versuchte nun ihrerseits den Bestrebungen der Zentralgenossenschaft entgegenzuarbeiten und bediente sich hierbei sogar rumänischer amtlicher Stellen. Nach der Einigung der beiden politischen volksdeutschen Gruppen in Rumänien 1938 wurde seitens der Volkgruppenführung versucht, eine Einigung im Banater Genossenschaftsstreit herbeizuführen. Trotz der verschiedensten Bemühungen ist eine Einigung bis heute nicht zustande gekommen. Dieser Streit wirkt sich einmal auf den deutschrumänischen Handelsverkehr, der von den beiden deutschen Genossenschaften (landwirtschaftliche Produkte) massgeblich mitgetragen wird, nachteilig aus und zum andern leistet er einer weitem politischen Uneinigkeit der 320.000 volksdeutschen Ackerbauern des Banats Vorschub.

Eine weiter Beunruhigung wurde von der Feindpropaganda durch das geschickt ausgestreute Märchen einer bevorstehenden Umsiedlung der rumäniendeutschen Volksgruppe hervorgerufen. Infolge dieses Gerüchtes gelang es besonders dem Judentum, unter den Deutschen Bessarabiens, des Buchenlandes und der Dobrudscha eine Panikstimmung hervorzurufen, die vielfach zur voreiligen – Veräusserung von Grund und Boden führt. Die Arbeiten an einem Volkskataster durch die Volksgruppenführung trug ebenfalls zur Verstärkung dieser Stimmung bei.

Die Volksdeutschen betonen z.Zt. immer wieder, dass Rumänien sich nur notgedrungen neutral verhalte. In diesem Zusammenhang ist man in volksdeutschen Kreisen Rumäniens der Ansicht dass gerade im Augenblick der deutschen Volksgruppe im Propagandistischen Kampf gegen zahlreiche englische und französische Agenten eine ausserordentlich wichtige Rolle zufalle, umsomehr, da sie unter geschickter Leitung seitens des Reiches in der Lage wäre, die Propaganda der Westmächte zu immunisieren. Es seien schon bereits gewisse Ansatzpunkte vorhanden, die aber für die Zukunft in eine einheitliche Linie gebracht werden müssten.

Darüber hinaus erwarten die Volksdeutschen im Banat, dass vom Reich aus gegen den unfruchtbaren Streit im volksdeutschen Genossenschaftswesen des Banats eingegriffen werden möge.

### **Einzelmeldung aus den neuen Ostgebieten.**

#### ***Konfessionelles Schrifttum zur Unterdrückung des Volksdeutchtums im ehemaligen Polen.***

Das bisher erschienen Schrifttum über die Unterdrückung des Deutchtums im ehem. Polen ist in zunehmendem Masse konfessionell bestimmt. Insbesondere die evangelische Kirche hat sich durch die Herausgabe von zahlreichen Erlebnisberichten und die Veranlassung von Aufsätzen in den verschiedensten Zeitschriften auf dem Gebiete der Tatsachenforschung einen erheblichen Vorsprung geschaffen. Wenn auch nicht verkannt werden kann, dass diese Berichte in gewissen Teilen des neutralen Auslandes eine positive Propagandawirkung haben, so lässt sich doch nicht übersehen, dass das Gesamtbild dies Schrifttums ziemlich einseitig ist. Eine Verstärkung des nicht konfessionell gebundenen Schrifttums erscheint den Volksdeutschen unbedingt erforderlich.

### **V. Verwaltung und Recht.**

#### ***Zulassung polnischer Rechtsanwälte zur Verteidigung vor deutschen Gerichten in den eingegliederten Ostgebieten?***

Nach einer Meldung aus Thorn sind verschiedentlich polnische Rechtsanwälte als Verteidiger in Strafsachen beim Sondergericht in Thorn zugelassen worden. Einem Bromberger deutschen Rechtsanwalt sei z.B. von einem polnischen Rechtsanwalt in Thorn die Mitverteidigung in einer Mordsache angeboten worden mit dem Hinweis, dass der Angeklagte (ein polnischer Polizeileutnant gern einen reichsdeutschen Verteidiger einschalten wolle. Beim den deutschen Rechtsanwalt habe dieses Ansinnen Empörung ausgelöst. Er habe es als unverständlich bezeichnet, dass vor einem deutschen Sondergericht polnische Rechtsanwälte als Wahlverteidiger auftreten dürften.

#### ***Zur Tätigkeit der Rechtsberatungsstellen der Deutschen Arbeitsfront.***

Vereinzelt wird von Betriebsführern darüber Klage geführt, dass die Rechtsberatungsstellen der Deutschen Arbeitsfront zu einseitig die Interessen der Gefolgschaftsmitglieder gegenüber den Betriebsführern verträten. Während auf der einen Seite das Gefolgschaftsmitglied von der DAF. jede nur mögliche Unterstützung erhalte, sei andererseits zu beobachten, dass den Betriebsführern nahezu unmögliche Bedingungen gestellt würden. In Memel habe z.B. die DAF. an einen Betriebsführer geschrieben: „Unser Mandant..“ Diese Schreibweise habe in Kreisen der Betriebsführer Verärgerung hervorgerufen; sie hätten dagegen angeführt, dass ja auch sie Mitglieder der DAF. und somit ebenfalls „Mandanten“ der DAF. seien. Durch die betont einseitige Stellungnahme der Beratungsstellen der DAF. für die Gefolgschaftsmitglieder bestehe die Gefahr einer erheblichen Verärgerung der Betriebsführer gegenüber den Einrichtungen der Partei und damit die Gefahr, dass der Gemeinschaftsgedanke der DAF. alle Schaffenden zu umfassen, geschädigt würde.

### ***Bedürfnis nach Einrichtung von NS.-Betreuungsstellen in den sudetenbayerischen Gebieten.***

Nach Meldung aus den sudetendeutschen Gebieten, die der Bayerischen Ostmark angegliedert sind, besteht dort ein grosses Bedürfnis nach Einrichtung von NS.-Rechtsbetreuungsstellen für unbemittelte Volksgenossen. Bisher seien dort noch keine solche Stellen eingerichtet worden. Eine baldige Abhilfe wird in den Meldungen angeregt.

### ***Zahlungsverzögerungen durch amtliche Stellen.***

Aus Trier wird mitgeteilt, dass von Bauern, Landwirten, Bäckern und Metzgern, die während der Freimachung im September 1939 Lieferungen an die Verpflegungsstellen der Rückwanderer ausgeführt und ihre Rechnungen bereits seit langem eingereicht habe, darüber geklagt wird, dass viele dieser Rechnungen noch nicht bezahlt sind, obwohl den Kreiskassen, die zur Begleichung dieser Beträge zuständig sind, Mittel aus dem Freimachungskonto zur Verfügung stehen würden. Die Auskünfte, die die Lieferanten über die Ursache der Verzögerung erhalten, würden als Ausreden bezeichnet.

Aus Kreuznach wird bekannt, dass die Kunden der dortigen Bank immer wieder über die langsame Zahlungsweise insbesondere der Heeresbauämter und der sonstigen öffentlichen Stellen klagen. Die Abrechnung über Arbeiten läge bei diesen Stellen oft Monate lang, ohne erledigt zu werden. Auch aus anderen Teilen des Reiches liegen Meldungen vor, in denen über solche Verzögerungen Klage geführt wird.

Öffentliche Bekanntgabe von Räumungsmassnahmen im Regierungsbezirk Koblenz führt zur Beunruhigung der Bevölkerung im Saarland.

Im Restkreis Wadern (Reg. Bez. Koblenz) wurden die vorgesehenen Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung bei militärischen Ereignissen durch die Ortsschelle bekannt gegeben. Die Bevölkerung wurde über die jeweiligen Ausweichunterkünfte, zu denen sich die Volksgenossen im Falle eines Beschusses zu begeben haben, unterrichtet.

Diese Bekanntmachungen habe sich naturgemäss auch in den benachbarten Gemeinden des Saarlandes herumgesprochen. Da im Gau Saarpfalz sämtliche Räumungsfragen als „Geheime Reichssache“ behandelt werden, sind die für den Fall einer Freimachung vorgesehenen Massnahmen in keiner Weise veröffentlicht worden.

Die saarländische Bevölkerung ist dort, wo keine derartige Bekanntmachung erfolgte, deshalb beunruhigt und glaubt, dass für ihre Sicherheit besondere Borkerungen bisher noch nicht getroffen wurden.

Auswirkungen des Erlaubnisscheines zum Sammeln von Pilzen und Beeren in den Staatsforsten auf die ernährungspolitische Ausbeute der Waldfrüchte.

In verschiedenen Meldungen wird unter Hinweis auf die Möglichkeit einer noch besseren Ausbeute der Waldfrüchte auf die hemmenden Auswirkungen der

Reglementierung auf diesem Gebiet aufmerksam gemacht. Bekanntlich müsse jeder, der in einem Staatsort gelegentlich Pilze oder Beeren sammelt, von der zuständigen Försterei einen Erlaubnisschein haben, für den eine Gebühr von RM 0,50 bis RM 2.- erhoben wird. Ein Schein zum Sammeln von Beeren zum Verzehr auf der Stelle ist nicht erforderlich. Diese Scheine sollen nicht lediglich als Ausweis dienen, um unlauter Elemente aus dem Walde fernzuhalten: denn dieses könnte auf andere Art und Weise unterbunden werden. (Irgendeinen Personalausweis habe heute fast jeder bei sich). Daher werde gefolgert, dass fiskalische Interessen bei dieser Reglementierung um Vordergrund gestanden haben.

Hierzu wird von weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgehoben, dass durch solche hindernden Massnahmen viele Waldfrüchte verkommen und so der Ernährung entgangen seien und weiterhin entgehen würden. Dazu habe auch beigetragen, dass der Erlaubnisschein nur an bestimmte Altersklassen (Kinder, alte Frauen und Männer) ausgegeben worden sei. Während die Gemeinden sich auf Anregung und Veranlassung der Reichsarbeitsgemeinschaft „Ernährung aus dem Walde“ bemühen, die Bevölkerung dahin anzuregen und aufzuklären, die Waldfrüchte in weitestgehendem Masse einzubringen, würden die geschilderten Auswirkungen der bisher geforderten Erlaubnisscheine dieser Propagandamassnahme entgegenwirken.

## **VI. Wirtschaft**

### ***Meldungen über Hochwasserschäden in der Landwirtschaft.***

Das Hochwasser der letzten Wochen hat in vielen Reichsgebieten in der Landwirtschaft empfindliche Schäden verursacht. Besonders betroffen wurden nach den Meldungen der Sudetengau, Mitteldeutschland und das Flussnetz der Oder. Das Hochwasser in den schlesischen Kreisen Trachenberg, Militsch und Guhrau wird von der Bevölkerung als Katastrophe angesehen, wie sie sich in der Gegend sei etwa 100 Jahren nicht ereignet habe. Im Kreise Guhrau z.B. sollen schätzungsweise 120 bis 150 tausend Morgen Ackerland unter Wasser gestanden haben bzw. noch stehen, im Kreise Militsch rund 50 tausend. Viele Bauern mußten ihre Gehöfte räumen und hoffen nunmehr erneut auf Hochwasserentschädigung. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Entschädigungen für die Schäden des Vorjahres erst im vergangenen Monat ausgezahlt worden seien und dass die betroffenen Kreise sehr auf eine beschleunigte Abwicklung in diesem Jahre hofften. Große Teile der Winterung und der eingemieteten Kartoffeln und Rüben, die zu Speise-, Futter- und Saatzwecken lagern, werden als verloren angesehen. Den sofortigen Bemühungen der zuständigen Stellen, futtermittel in die Notstandgebiete zu schaffen, standen z.T. große Schwierigkeiten gegenüber, da viele Orte infolge des hohen Wasserstandes und der Brückenzerstörungen überhaupt nicht zu erreichen gewesen seien.

Da sich die Überschwemmungen seit Jahren wiederholen, wird vielfach in bäuerlichen Kreisen die Ansicht laut, es sei jedoch zwecklos, Bestellungen vorzunehmen. Ehe die Bestellung durchgeführt sei, werde, wie die Erfahrungen gezeigt hätten, das nächst Hochwasser kommen. Die Landbevölkerung erhofft jedoch auf Grund des Ausmaßes der diesjährigen Schäden, von denen in gleicher Weise Reichsbahn, Gemeinde- und Stadtverwaltungen usw. betroffen wurden, dass

durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, die in Zukunft derartige Katastrophen nach Möglichkeit ausschließen.

Durch das eintretende Tauwetter und die warme Witterung in Verbindung mit den lang andauernden Niederschlägen ist auch im Ilmenau- und Luhe-Wasserflußgebiet eine Überschwemmung größten Ausmaßes im südöstlichen Teil des Landkreises Harburg, wie sie zuletzt im Jahre 1853 vorahnden war, eingetreten. Die Ilmenau ist verschiedentlich über die Deiche getreten, überschwemmte auch die niedrigen Sommerdeiche und verwandelte die Wiesen in ein fast unübersehbares Seegebiet. Die Verbindungswege in den daran gelegenen Ortschaften sind unpassierbar, weil das Wasser in diesen Niederungen teilweise bis zu 2 m hoch steht. Welche Verluste und Schäden an Vieh, Gebäuden und landwirtschaftlichen Geräten entstanden seien, sei noch nicht abzuschätzen. Dazu kämen noch die Schäden an den Wasserbauwerken (Schleußen, Gräben und Pumpenanlagen).

### ***Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung.***

Die Versorgung der Bevölkerung, vorwiegend in Industriegebieten und Großstädten, mit Speisekartoffeln wird nach wie vor als unzureichend bezeichnet. Den Meldungen zufolge vermögen die Zuführen vielfach nicht den dringendsten täglichen Bedarf zu decken. Der betroffene Teil der Bevölkerung empfinde den Mangel um so drückender, als die Kartoffel bei der herrschenden jahreszeitlichen Gemüseverknappung als unentbehrliches Nahrungsmittel angesehen würde. In der Reichshauptstadt führt der Mangel zu großen Schlangenbildung, vor allem vor den Ständen der Wochenmärkte. Aus Wien wird gemeldet, dass in der gesamten Provinz Verknappungserscheinungen festzustellen sind. Die Aufbringung sei innerhalb einer Woche um 4/5 gesungen. Die Anlieferungen aus dem Altreichsgebiet erfolgten außerordentlich schleppend. Ähnlich sei die Lage in Salzburg. In einer Meldung aus Aachen heißt es, dass dort eine einigermaßen einheitliche und ausreichende Versorgung nicht mehr durchgeführt werden könne. Es sei zzt. nicht immer möglich, mehr als ein Pfund je Kopf und Woche der Verbraucherschaft zur Verfügung zu stellen. Leipzig meldet, dass die Versorgung im ganzen gesehen bisher noch verhältnismäßig gut gewesen sei. Verschiedene Geschäfte hätten 5 Tage keine Nachlieferung bekommen. Weiterhin komme hinzu, dass der tägliche Kartoffelbedarf in Leipzig von rd. 1.500 Zentner vor dem Kriege auf rund 5.000 zzt. gestiegen sei. Demgegenüber würden die täglichen Zufuhren nur 500 – 1.000 Zentner betragen. Um diesem Ausfall in der Ernährung zu begegnen, ist eine Ernährung der Ausgabe von Brotmarken (wie an anderen Orten verschiedentlich schon durchgeführt) in Vorbereitung. Ähnliche Meldungen liegen aus Frankfurt/Main und Dortmund vor.

### ***Ungünstige Auswirkung der Anordnung über den Sackhandel.***

Auf den bestehenden Säckemangel sowie auf dessen Auswirkungen wurde bereits in den Meldungen aus dem Reich hingewiesen. Die neuerdings eingegangenen Meldungen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches besagen, dass die Verfügung, wonach Säcke nicht an Großhändler und Mühlen zurückgegeben werden dürfen, sondern zum Zwecke einer ordnungsgemäßen Verteilung an eine Zentral-Sammelstelle verkauft werden müssen, sehr ungünstige Auswirkungen zeigen. Die Anordnung sei nur zu Anfang befolgt worden, da der Sackmangel dadurch praktisch noch vergrößert worden sei. Es wird darauf hingewiesen, dass der Handel und Mühlen sich jetzt dadurch helfen, dass sie die Lieferungen von der sofortigen



Rückgabe der Säcke oder einen Austausch mit anderen Säcken abhängig machen. Wie es heißt, habe sich diese Regelung, die in verschiedenen Gegenden des Reiches schon immer gehandhabt worden sei, durchaus bewährt. Wie groß der Mangel an Säcken bei den Mühlen bereits ist, geht aus einer Meldung aus Danzig hervor. Danach mußten in dem dortigen Gebiet bereits einige Mühlen ihren Betrieb ausschließlich wegen Säckemangel einstellen. Einer Meldung aus Linz wird entnommen, dass zu wenig Verbindung von den Entleerern zu den Sackhändlern, die die Sammelstellen innehaben, bestehe, um einen Erfolg durch die angeordnete Art der Säckeerfassung zu garantieren. Auch der festgesetzte Verwendungsschlüssel zwischen alten und neuen Säcken könne, wie es in der Meldung heißt, nicht eingehalten werden. So sei z.B. für eine der größten Mühlen im Gau Oberdonau ein Verwendungsschlüssel von 66 % Alt- und 34 % Neusäcken vorgeschrieben. Die Lieferungsmöglichkeiten der Sackhändler machten es jedoch unmöglich, diese Schlüssel einzuhalten. Von Seiten der Sackhändler werde den Mühlen ein Verhältnis von höchstens 20 % Alt- und 80 % Neusäcken angeboten. Weitere Meldungen liegen besonders aus Ostpreußen vor.

In mehreren Nachrichten wird noch die Einführung eines allgemeinen Sackleihverkehrs besonders herausgestellt und dabei betont, dass hierdurch die Säcke auf dem schnellsten Wege einer Wiederverwendung zugeführt würden.

### ***Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte im Sudetengau.***

Im Zusammenhang mit der Veranlagung der Einkommensteuer für das Jahr 1939 im Sudetengau wurden vielfach Äußerungen bekannt, wonach die Inanspruchnahme von Steuerbegünstigungen für die sudetendeutschen Kriegsbeschädigten besondere Schwierigkeiten bereite. Es wird darauf hingewiesen, dass im Sudetengau viele Kriegsbeschädigte seien, die bisher keine Möglichkeit gehabt hätten, die notwendigen Unterlagen zu beschaffen und daher bis heute nichts hätten unternehmen könne, um in Sinne der gesetzlichen Bestimmungen als kriegsbeschädigt anerkannt zu werden. Es handele sich z.B. um Kriegsgefangene, Typhus-, Ruh- und Malaria-Kranke, Verschüttete usw., die heute als Folge der Kriegsteilnahme mit einem mehr oder weniger schweren Leiden behaftet seien. Beim österreichischen Heer wäre es nicht üblich gewesen, diesbezügliche Bestätigungen zu erteilen. Die Berichte oder Dokument seien nur an das nächste Kommando abgegangen und für diejenigen Kriegsbeteiligten, die an der vordersten Front gestanden hätten, heute nicht mehr auffindbar oder zu beschaffen. Es wird erwähnt, dass es in der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt sei, dass die NSKOV sich auch dieser Kriegsbeschädigten annehme und die nötigen Nachforschungen bzw. Schritte einleite.

### **Einzelmeldung.**

Aus dem Gebiet Radom kommen Meldungen über verschiedenen Fleischrationen für Reichdeutsche und Volksdeutsch. In den Richtlinien für die Verwaltungsbehörden sei festgestellt worden, dass die Reichsdeutschen wöchentlich 1.000 g Fleisch erhalten, während für die Volksdeutschen nur eine Ration von 500 g vorgesehen sei. Es wird betont, dass diese unterschiedliche Regelung von den Betroffenen nicht verstanden wird und Unzufriedenheit ausgelöst habe.

## **Anlage.**

### ***Zur Lage im Protektorat (für die Zeit vom 28.3. bis 4.4. 1940).***

Der tschechische Mentalität entsprechend bildeten in der gesamten tschechischen Öffentlichkeit die Vorfälle bei Taus (Protektorat) und Pirk (Grenze Prot. Sudetengau), bei denen der tschechische Student Smutek, wie bekannt, einen Stapobeamten anschoss und zwei deutsche Hilfszollangestellte tötete, das Gesprächsthema der letzten Woche.

Nach einer anfänglichen Zurückhaltung, die durch die umfangreichen deutschen Massnahme, wie Verhaftungen von etwa 100 führenden Persönlichkeiten in der Gegen von Taus, Schliessung sämtlicher Lokale, Vergnügungsstätten usw., hervorgerufen wurde, wird nunmehr überall die starke Sympathie der tschechischen Bevölkerung mit dem Mörder, der bereits als Nationalheld bezeichnet wird, laut.

An dieser Einstellung änderte der von den Tschechen selbst stark angegriffene Aufruf der Protektoratsregierung, der die Tat öffentlich verurteilt, wie auch die vom deutschen Sondergericht in Prag wegen Begünstigung und Mitwisserschaft gefällten Urteile – ein Todesurteil und Zuchthausstrafe in der Höhe von 10 Jahren – nichts.

Die beiden Verurteilten wurden vielmehr als ebenfalls als nationale Märtyrer hingestellt.

Dass die von den tschechischen Behörden angeordneten Fahndungsmassnahmen, die in einem grossen Aufgebot von Gendarmerie, Einsatz motorisierter Einheiten, Steckbrief der Landesbehörde und Ausschreibung einer Belohnung von 100.000 K usw. besteht, von der tschechischen Öffentlichkeit nicht unterstützt und geradezu sabotiert werden, beweist, das Entkommen des Täters aus dem Hause seines Freundes, das schon von tschechischer Kriminalpolizei besetzt war, die öffentliche Verhörung des Aufrufes zur Mitbeteiligung im tschechischen Rundfunk durch die Bevölkerung in Tschaslau und die Äusserung eines Regierungspolizisten in Königgrätz, dass er den Täter, auch wenn er ihm in die Hand laufen würde,, nicht festzunehmen gedenke.

Verschiedentlich werden auch die Motive der Tat Smuteks erörtert, wobei die Flüsterpropaganda sich sogar zu der Behauptung versteigt, dass die Vorfälle eigentlich von Deutschen inszeniert wurden, um die Autonomie der Tschechen beseitigen zu können. Eine andere Version stellt den Mörder als Rächer seiner von den Deutschen vergewaltigten Braut hin. Wie gegenstandslos diese propagandistischen Versuche sind, geht daraus hervor, dass im Zuge der Fahndungsmassnahmen Smutek nunmehr auch als Mörder des seinerzeit in Kladno ermordeten deutschen Polizeibeamten erkannt wurde, was darauf hinweist, dass Smutek, der als Angehöriger einer geheimen Widerstandsorganisation verhaftet werden sollte, seine Taten anscheinend auf Befehl begangen hat.

Die tschechischen offiziellen Kreise bemühen sich, angesichts der deutscherseits mit grösstem Nachdruck geführten Erhebungen ihre einwandfreie Haltung in dieser Angelegenheit darzutun und nach aussen hin möglichst deutlich von den Kreisen des tschechischen Widerstandes abzurücken.

Besonders die ČNS-Volksgemeinschaft versucht, den Beweis zu erbringen, dass Smutek nicht ihr Mitglied war und unternimmt es bereits, die tschechische Rechstopposition mit dem Täter in Zusammenhang zu bringen, indem sie die Polizei durch den Generalsekretär Dr. Mrazik beauftragte, Nachforschungen in der Richtung anzustellen, ob Smutek nicht etwa Mitglied der Vlájka gewesen ist.

Diese Diffamierungsversuche dürften auf die Bemühungen der derzeit führenden ČNS-Kreise, bei der gegenwärtig erfolgenden Umbildung des Ausschusses am Ruder zu bleiben, zurückgehen. Im Zusammenhang damit ist der für die Ausschussumbildung ausgearbeitete Vorschlag interessant, nach dem dieser auf 120 Mitglieder erweitert werden, Nebeský weiter Vorsitzender bleiben und statt wie bisher 6 nur 4 Vertreter haben soll. Bemerkenswert ist auch die prozentuelle Beteiligung der ehemaligen tschechischen Parteien an dieser Umbesetzung, von denen den Agrariern ein Anteil von 40 bis 50 % zufallen soll.

Daneben machen sich bei dieser Umbildung sämtliche oppositionellen Richtungen Hoffnung auf eine Verwirklichung ihrer personellen Pläne.

Dass die geschilderten Ereignisse am Monatsende keine Einzelfälle darstellen, sondern der Ausfluss der wieder gesteigerten deutschfeindlichen Propagandatätigkeit sind, zeigt eine Reihe von Berichten über Bedrohungen und Beschimpfungen Volksdeutscher und deutschfreundlicher Tschechen durch ihre Mitbürger tschechischer Nationalität. Aus der grosse Anzahl der Fälle werden hier nur einige ganz besonders krasse Beispiele hervorgehoben

So wurden in Brünn ein Hitlerjunge und ein BDM-Mädel, als sie nach dem Dienst nach Hause gingen, von einem Tschechen angehalten, bespuckt und verhöhnt.

In Kuttenberg (OLB Kollin) wurden auf die Wohnung einer Volksdeutschen zwei Schüsse abgefeuert, die jedoch in Mauerwerk gingen und keinen Schaden anrichteten.

Im OLB Pardubitz beschimpfte der Tscheche Josef Homolka aus Hlinsko zwei deutsche Kinder mit den Worten: „Wenn ihr nicht „nazdar“ (auf deutsch „heil“) grüssen könnt, so habt ihr das Maul zu halten.“

Bei einer Tanzunterhaltung zu Ostern in Zaunfeld (OLB Königgrätz) wurde ein Wehrmichtsangehöriger von Tschechen mit seinem eigenen Seitengewehr durch mehrere Stiche verletzt. Von der Gemeindeverwaltung ist für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 1.000,- RM ausgesetzt worden. Die Bevölkerung heisst auch diese Tat gut und soll sogar durch finanzielle Unterstützung den Tätern Gelegenheit zur Flucht gegeben haben.

Die Gehässigkeit tschechischer Kreise gegenüber ihren eigenen Volksgenossen richtet sich besonders gegen solche, die im Reich arbeiten oder durch korrekte Haltung gegenüber den Deutschen Aufsehen erregt haben.

So wurde in Deutschbrod der Frau eines ins Reich vermittelten tschechischen Arbeiters eine Woche nach dessen Abreise ihre Wohnung gerichtlich aufgekündigt. Die Aufkündigung erfolgte nur wegen der Arbeitsaufnahme ihres Mannes im Reich.

Der als Deutschenhasser bekannte Legionär Kubat aus Weltrus (OLB Melnig) sagte zu einem deutschfreundlichen Tschechen: „Ich habe die Ehre Herr Henlein! Wenn Du noch einmal zu den Deutschen Dlouhý gehst, und deutsch sprechen wirst, ersteche ich Dich. Hitler wird verspielen und dann wirst Du gehängt.“

Der in Birtau (OLB Pardubitz) wohnenden Tscheche Franz Navratil drohte seinem Bekannten Emil Hořinek, dessen Frau eine Deutsche ist, mit folgenden Worten: „Ich verbitte mir, dass Dein deutsches Schwein die Hure, noch einmal zu mir kommt. Falls sie noch einmal meine Türschwelle überschreitet, fällt es schlecht aus.“ Diese und ähnliche Drohungen wurden zum Gegenstand einer Anzeige gegen Navratil bei der tschechischen Gendarmerie genommen, die jedoch bisher nicht unternahm.

(Staatspolizeiliche Massnahmen sind jeweils eingeleitet).

Auch die Juden fallen durch anmassendes Benehmen, dass sie besonders in Brünn und Pilsen zu Schau trugen, wieder unangenehm auf.

Trotz der gegenwärtigen Unruhe wies die am 30.4. eröffnete Prager Mustermesse einen bisher zahlenmässig guten Besuch auf. Auch in der Ausstellung allen Äusserungen der deutschfeindlichen Haltung das Vorhandensein von Erinnerungen an die CSR, wie z.B. Masarykbilder, ein Hodžabild und Werbeplakat der ehemaligen anglo-tschechoslowakischen Sektion der Londoner Handelskammer auf.